

Muss Bildung immer staatlich sein?

Der Staat gibt zwar vor, Bildung für alle zu garantieren, dennoch schicken nicht wenige Politiker ihre Kinder auf private Schulen. Auch im Kanzleramtsneubau soll neben dem dringend benötigten Hubschrauberlandeplatz und einer zweiten Kanzlerwohnung noch eine Luxus-Kita entstehen. Der Wunsch nach guter Bildung für die eigenen Kinder ist grundsätzlich nicht falsch bzw. sogar sehr verständlich. Auch die Flucht aus einem nicht funktionierenden System ist nachvollziehbar und menschlich. Es bleibt die Frage nach einer Lösung.

Über das Problem sind sich, zumindest im Großen und Ganzen, sogar alle politischen Lager einig – leider nicht über einen Ausweg. Auch im Bildungswesen erstaunt mich dabei wieder die stoische Staatsgläubigkeit. Ich verstehe bis heute nicht, warum so viele Menschen ein staatlich verwaltetes, von Beamten geführtes Schulwesen befürworten. Es wird als Privileg gepriesen, dass Schulen nichts kosten und somit Bildung für alle ermöglichen würden. Dabei wird übersehen, dass Finanzierung und Umsetzung zwei völlig verschiedene Dinge sind. Die Qualität von Schulen unterscheidet sich regional, dennoch halten sich die Loblieder auf öffentliche Schulen in Grenzen. Es gibt keinen nennenswerten Wettbewerb unter Schulen oder gar einen richtigen Schulmarkt. Die Einstellung ist: »Schulen kosten halt das, was sie kosten. Es gibt halt die, die da sind.« Selbst wenn Ressourcen aufgestockt werden, gibt es immer von allem zu wenig. Zu wenig Bücher, zu wenig Material, zu wenig Technik, zu wenig Lehrkräfte. Zudem ist das System nicht sonderlich innovativ. Bis auf teure Geräte, die nach dem digitalen Weckruf der Corona-Zeit vermehrt angeschafft werden, haben sich Konzepte und Inhalte wenig verändert.

Seit Jahrzehnten gibt es Kritik, dass Schulen an der Lebensrealität vorbeiunterrichten. Das ist auch nicht verwunderlich, denn Behörden sind eigentlich fast nie innovativ. Sie haben in manchen Bereichen ihre Berechtigung, aber ausgerechnet Bildung gehört meines Erachtens nicht in die Hand von Behörden. Der Ansatz, jedem Menschen Bildung zu ermöglichen, ist ja grundsätzlich nicht verkehrt. Doch was hier als Privileg verkauft wird, ist in der Umsetzung eigentlich gar keines. Da Behörden meist nur gut kontrollieren können, aber fast nie gut umsetzen, sollte man ihnen diese Kompetenz eigentlich entziehen. Jedes Kind bekäme eine bestimmte monatliche Fördersumme, und jede Schule wäre ein kleiner gemeinnütziger Betrieb. Da wäre der Amtsstubengeruch sehr schnell aus dem Bildungswesen verschwunden. Durch die Kostentransparenz wäre auch die Wertschätzung für den Schulbesuch viel höher. Und Schulen mit einem Drogen- oder Kriminalitätsproblem verlieren ruck zuck ihre Kunden. Insgesamt ist die »kostenlose« Bildung in ihrer aktuellen Form und Ausgestaltung ein liebloses Geschenk an die Unprivilegierten, das Wohlwollen für den – aus meiner Sicht zu teuren – Staat erzeugen soll.